

FALLBESCHREIBUNG _____

Fabrikbrand in Pakistan: Billige Textilproduktion, lebensgefährliche Arbeit

Im September 2012 starben 258 Arbeiter*innen bei einem Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises im Stadtteil Baldia in Karatschi, Pakistan. 32 Menschen wurden verletzt, teilweise lebensgefährlich. Die Arbeiter*innen erstickten oder verbrannten, weil viele Fenster vergittert, Notausgänge verschlossen und nur eine Tür des Gebäudes offen war.

Wichtigster Kunde der abgebrannten Fabrik war das deutsche Textilunternehmen KiK, das nach eigenen Angaben 2011 mindestens 70 Prozent der Produktion kaufte. Laut KiK wurde das pakistanische Unternehmen erst durch die Handelsbeziehung mit dem deutschen Unternehmen „groß“. Man habe regelmäßig die Arbeitsplatzsicherheit und sonstige Arbeitsbedingungen durch Auditing-Firmen (Prüfdienstleister) begutachten lassen, versicherte KiK.

Auf Initiative und mit Unterstützung des [ECCHR](#) und von [medico international](#) zogen vier Betroffene des Fabrikbrands gegen KiK in Deutschland vor Gericht. Im März 2015 reichten sie beim Landgericht Dortmund [Zivilklage](#) gegen KiK ein und forderten je 30.000 Euro Schmerzensgeld. Die Klage war die erste dieser Art in Deutschland.

Im Januar 2019 wies das Gericht die Klage gegen KiK wegen Verjährung ab. KiK hatte zunächst einem Verjährungsverzicht zugestimmt, später aber darauf bestanden, dass der Verzicht unwirksam sei. Nicht inhaltliche, sondern formale Gründe entschieden den Fall. Die Fragen zur Unternehmenshaftung blieben unbeantwortet.

Nach dem verheerenden Brand zahlte KiK zunächst eine Million US-Dollar als Soforthilfe für die Überlebenden und Hinterbliebenen. Die Auszahlung koordinierte eine vom High Court of Sindh eingesetzte unabhängige Kommission. Im September 2016 erklärte sich KiK schließlich bei einem von der International Labour Organization (ILO) moderierten Dialog dazu bereit, den Betroffenen 5,15

Millionen US-Dollar Hinterbliebenen- und Unfallentschädigung zu zahlen. Der Druck auf KiK durch die Zivilklage in Deutschland spielte eine Schlüsselrolle bei den ILO-Verhandlungen.

Strafrechtliche Aufklärung des Brandes und Verantwortung der internationalen Unternehmen

Die Arbeitsbedingungen und baulichen Details der Fabrik (wie die vergitterten Fenster), kannte KiK oder hätte sie kennen müssen – in seinen CSR-Berichten (*Corporate Social Responsibility*, dt.: gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen) weist das Unternehmen explizit darauf hin, dass es seine Zuliefer-Fabriken regelmäßig inspizieren ließ. Wenige Wochen vor dem Brand hatte das italienische [Prüfunternehmen RINA](#) im Auftrag des Eigentümers die Fabrik außerdem mit dem internationalen Güte-Siegel SA 8000 zertifiziert – das Siegel soll hohe Sicherheitsstandards sowie eine sozial- und ökologisch verträgliche Produktion garantieren.

Nachdem in einem für Pakistan historischen Schritt die Fabrikbesitzer unmittelbar nach dem Brand angeklagt und sogar zeitweise inhaftiert wurden, wurde das Ermittlungsverfahren im Frühjahr 2016 eingestellt. Im September 2020 wurden zwei Männer in Karatschi vom Anti-Terrorismus-Gericht wegen Brandstiftung zum Tode [verurteilt](#) – eine schwere Menschenrechtsverletzung. Das Urteil vernachlässigt zudem wichtige Fakten über ungenügende Brandschutzvorkehrungen in der Fabrik.

Prekäre Arbeitsbedingungen in der globalen Produktion für den europäischen Markt

Der Brand in Karatschi ist ein drastisches Beispiel dafür, wie menschenunwürdig die Arbeitsbedingungen in den globalen Produktions- und Lieferketten für den europäischen Markt sind. Löhne unter dem Existenzminimum, extreme Überstunden an sechs bis sieben Tagen die Woche, Misshandlungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, immer wieder schwere Arbeitsunfälle und die

Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisation – das ist die ungerechte Realität von Millionen von Arbeiter*innen im Globalen Süden.

Transnationale Unternehmen stehen mit diesen Zuständen in unmittelbarem Zusammenhang, weil sie über harte Preisvorgaben und kurzfristige Liefertermine die Arbeitsbedingungen vor Ort verschärfen. Der Preis- und Lieferdruck wird von den Fabrikbesitzer*innen direkt an die Arbeiter*innen weitergegeben. Gleichzeitig wollen Unternehmen aus dem Globalen Norden Skandale, wie sie auf den Fabrikbrand in Karatschi folgen, verhindern. Aus diesem Grund berufen sie sich gerne auf Zertifikate von Prüfdienstfirmen und verpflichten zuliefernde Fabriken zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen und Einhaltung von Verhaltenskodizes und gesetzlichen Mindeststandards.

Wie aber der Fall der Fabrik Ali Enterprises zeigt, sind privatwirtschaftliche unverbindliche Sozialaudits und Zertifizierungen völlig ungeeignet, um die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter*innen vor Ort zu verbessern. Umso wichtiger ist es, aufzuklären, welche Verantwortung KiK und welche Verantwortung die Zertifizierungsunternehmen für den Brand tragen. Dafür muss Deutschland auch die Regelungen zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht grundlegend reformieren.

In Deutschland setzt sich deswegen die [Initiative Lieferkettengesetz](#) dafür ein, dass dort tätige Unternehmen dazu verpflichtet werden, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten – und zwar entlang ihrer gesamten weltweiten Wertschöpfungsketten, von der Rohstoffgewinnung bis zum Export.

Stand: Oktober 2020

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
www.ecchr.eu